

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch
und weiterer Abgeordneter
betreffend die schonungslose Aufklärung des rot-grünen Umwidmungs-
Korruptionsskandals

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 19, Antrag der Abgeordneten Maria Großbauer, Sandra Wassermann, Kolleginnen und Kollegen betreffend Status der Welterbestätte "Historisches Zentrum von Wien" auf der Welterbe-Liste (964/A(E)), in der 89. Sitzung des Nationalrates, 25.9.2019, XXVI. GP.

Seit Jahren sind bedeutende, jedoch äußerst fragwürdige Vorgänge rund um Wiener Flächenwidmungen und Bauprojekte Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen. Wurde zunächst unter anderem kritisiert, dass das „Historische Zentrum von Wien“ aufgrund massiver Fehlentscheidungen von SPÖ und Grünen seinen Status als Welterbestätte verlieren könnte – eine Gefahr, die bis heute nicht gebannt, sondern groß und unmittelbar ist – verdichteten sich mittlerweile zunehmend die Hinweise auf strafrechtlich relevant erscheinende Handlungen.

Medien informieren nunmehr fast täglich über neue Fakten des rot-grünen Umwidmungs-Korruptionsskandals. So wurde etwa auf ORF.at unter dem Titel **„Acht Verdächtige bei Ermittlungen rund um Chorherr-Projekt“** das Folgende berichtet: *„Im Zuge der Ermittlungen gegen den ehemaligen grünen Gemeinderatsabgeordneten Christoph Chorherr rund um Spenden an ein Schulprojekt laufen derzeit Verfahren gegen insgesamt acht Verdächtige. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) bestätigte entsprechende Berichte gestern.“* (<https://orf.at/stories/3137411/>). Laut Kurier haben die Ermittler 200 Unternehmen im Visier (<https://kurier.at/chronik/oesterreich/causa-chorherr-ermittler-haben-rund-200-unternehmen-im-visier/400609679>). Trotz Bedenken des Wiener Stadtrechnungs- und des Bundesrechnungshofs hinsichtlich einzelner Immobiliengeschäfte sollen die diesbezüglichen Ermittlungen nicht weiterverfolgt, sondern eingestellt worden sein (<https://kurier.at/chronik/wien/die-wiener-immobilien-skandale/400127423>).

Aus den dargelegten Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz wird aufgefordert, die schonungslose Aufklärung des rot-grünen Umwidmungs-Korruptionsskandals sicherzustellen und dem Nationalrat über die Ermittlungsergebnisse zu berichten.“

